Irrtumslehren

Dr. Christian Lucas

Inhaltsübersicht

A. Error in objecto vel persona	1
B. aberratio ictus	2
I. Bei tatbestandlicher Ungleichwertigkeit	2
II. Bei tatbestandlicher Gleichwertigkeit.....	2
1. herrschende Meinung	2
2. Gleichwertigkeitstheorie.....	2
C. Erlaubnistatumstandsirrtum	2
I. Strenge Schuldtheorie	3
II. Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen.....	3
III. Eingeschränkte Schuldtheorie (1. Variante).....	3
IV. rechtsfolgenverweisende (eingeschränkte) Schuldtheorie	3

A. Error in objecto vel persona

Irrtum über das Handlungsobjekt: Fehlvorstellung des Täters, die sich auf die Identität oder sonstige Eigenschaften des Tatobjekts oder der betroffenen Person beziehen. (A lauert B auf, um ihn zu erschießen; als C vorbeikommt, hält A diesen für B und erschießt ihn.)

Auswirkung auf den Vorsatz gem. §16 I nur bei tatbestandlicher Ungleichwertigkeit (Wilderer W hält den B für ein Wildschwein und erlegt ihn mit einem Blattschuss): Vorsatz entfällt; es kommt ein Fahrlässigkeitsdelikt (hier: §222) - ggf. in Tateinheit mit (untauglichem) Versuch (hier z.B. §§292, 22, 23 III) in Betracht.

Bei tatbestandlicher Gleichwertigkeit ist die Objektsverwechslung, da sie den Tatbestandsvorsatz unberührt lässt (im ersten Beispiel wollte A einen Menschen töten und hat auch einen Menschen getötet), für die Strafbarkeit des Irrenden ohne Bedeutung. Bezugspunkte des Vorsatzes sind nur die in §16 I erwähnten, äußeren Tatumstände; nicht aber die mit der Tat verbundenen Beweggründe und Fernziele => wenn das, was geschehen ist, in wesentlichen Grundzügen damit übereinstimmt, was der Täter sich vorgestellt hat, ist Vorsatz zu bejahen.

B. aberratio ictus

„Fehlgehen der Tat“: Der Täter visiert im Gegensatz zum *error in objecto vel persona* das richtige Tatobjekt an. Sein Angriff geht aber fehl und der Verletzungserfolg verwirklicht sich, vom Täter ungewollt, an einem anderen Objekt. (A lauert B auf, um ihn zu erschießen. Als A abdrückt, tritt C, den A vorher nicht gesehen hatte, in die Schusslinie und wird tödlich getroffen/nicht aber, wenn A damit gerechnet hat, u.U. auch C zu treffen, -> dann dolus eventualis).

I. Bei tatbestandlicher Ungleichwertigkeit

(nicht C, sondern der Hund des C wird getroffen): Unstreitig keine Strafbarkeit wegen vorsätzlicher, vollendeter Tat => ggf. Versuchsstrafbarkeit bezüglich der gewollten Tat und Fahrlässigkeitsstrafbarkeit bezüglich des versehentlich verletzten Objektes.

II. Bei tatbestandlicher Gleichwertigkeit

(Ausgangsfall):

1. herrschende Meinung

Behandlung, wie bei Ungleichwertigkeit: Auch hier keine Bestrafung wegen vorsätzlicher, vollendeter Tat.

2. Gleichwertigkeitstheorie

Fehlgehen Unbeachtlich (der Täter wollte einem Menschen töten und hat auch einen Menschen getötet) => Vollendetes, vorsätzliches Delikt. Diese Ansicht setzt sich über den individualisierten Tätervorsatz hinweg, indem sie die mit der Objektsvorstellung zwangsläufig verbundene Gattungsvorstellung zur maßgeblichen Entscheidungsgrundlage macht. Anders, als beim *error in objecto vel persona* weiß der Täter hier gar nicht, welches konkrete Objekt (die spezielle Person, die das Haus verlässt; das spezielle Fenster, auf das er den Stein wirft etc.) er trifft. Er zielt vielmehr auf das gewollte Objekt, verfehlt dies aber -und zwar nicht wegen einer Verwechslung, sondern aufgrund eines von ihm nicht vorausgesehenen Ereignisses (jemand tritt in die Schusslinie, der Stein fliegt trotz gewissenhaften Zielens versehentlich ins benachbarte Fenster). Trotzdem auch hier noch Vorsatz anzunehmen ist daher verfehlt.

C. Erlaubnistatumstandsirrturn

Der Täter stellt sich bei Begehung der Tat irrig Umstände vor, die die Tat rechtfertigen würden, wenn sie tatsächlich vorlägen. Beispiel: „Putativnotwehr“ (der Täter fühlt sich irrig angegriffen oder beurteilt die Stärke des Angriffs falsch und wehrt sich intensiver als erforderlich). Verbreitet ist auch der missverständliche Terminus „Erlaubnistatbestandsirrturn“.

I. Strenge Schuldtheorie

Anwendung des §17: Wegfall der Schuld, wenn der Täter den Irrtum nicht vermeiden konnte; bei Vermeidbarkeit des Irrtums ggf. Strafminderung.

II. Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen

Diese Lehre geht von einem „Gesamt-Unrechtstatbestand“ aus, der sich (1.) aus dem Vorliegen der gesetzlichen Tatbestandsmerkmale und (2.) dem Fehlen von negativen Tatbestandsmerkmalen (Rechtfertigungsgründen) zusammensetzt. => Vorsatz umfasst hiernach (1.) Kenntnis der Tatumstände, die sich unter den gesetzlichen Tatbestand subsumieren lassen und (2.) die Vorstellung vom Fehlen negativer Tatbestandsmerkmale (eines Rechtfertigungsgrundes)/bzw. mindestens das Fehlen der Vorstellung, dass negative Tatbestandsmerkmale (Rechtfertigungsgründe) vorliegen könnten. => Die direkte Anwendung des §16 I ist möglich: „Wer einen Umstand nicht kennt, der zum gesetzlichen Tatbestand gehört“, also (1.) einem Tatumstandsirrturn unterliegt oder (2.) das Vorliegen negativer Tatbestandsmerkmale annimmt, „handelt nicht vorsätzlich“.

III. Eingeschränkte Schuldtheorie (1. Variante)

Analoge Anwendung des §16 I 1: Erlaubnistatumstandsirrturn soll wegen seiner (qualitativen) Ähnlichkeit zum Tatumstandsirrturn zu den gleichen Konsequenzen führen => Der Handlungsunwert ist aufgehoben, wenn der Täter eine rechtfertigende Sachlage annimmt.

IV. rechtsfolgenverweisende (eingeschränkte) Schuldtheorie

Der Erlaubnistatumstandsirrturn wird nur von den Rechtsfolgen (des §16 I) her einem Tatumstandsirrturn gleichgestellt: Der Tatbestandsvorsatz wird nicht berührt (der Täter handelt ja in Kenntnis der Tatumstände, die unter den gesetzlichen Tatbestand subsumierbar sind). Es entfällt hier lediglich die *Vorsatzschuld* und somit eine Bestrafung wegen vorsätzlicher Tat (vgl. oben III). Sofern ein Fahrlässigkeitstatbestand im Gesetz existiert, kommt eine Bestrafung über § 16 I 2 in Betracht, wenn der Erlaubnistatumstandsirrturn auf einem Sorgfaltsmangel beruht.